

Etuis, Kartonagen- und Ledergalanteriefabriken sehr stark interessiert sind. Bei dem äußerst beschränkten Angebot von Feinleder müßte der freie Wettbewerb zweifellos zu sehr hohen Preisen führen, wodurch nur den wenigen kapitalkräftigen Unternehmern ein dauerndes Existenzgeschäft, den in der überwiegenden Mehrzahl bestehenden mittleren und Kleinbetrieben aber infolge Materialmangel die Existenz unterbunden würde.

Wie sind daher mit der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ der Meinung, daß während des Kriegs und der Zeit der Ubergangswirtschaft, d. h. so lange nicht genügend Leder vorhanden ist, das wenige Leder verhältnismäßig und unter behördlicher Kontrolle verteilt werden muß. Zugleich unterstützen wir die Forderung der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“, daß das Reichswirtschaftsamt vor seiner Entscheidung in dieser Sache auch einen Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen der Lederwarenindustrie hören sollte.

Ferien. Die Firma Stähle & Friedel in Stuttgart gewährt ihrem Personal auch in diesem Kriegsjahre, wie in Friedenszeiten die so notwendigen Ferien; und zwar den über fünf Jahre im Betrieb tätigen 3 Tage und bei über zehnjähriger Tätigkeit eine Woche. Dafür kommen in diesem Jahre für die Buchbinderei und Kartonagenabteilung des Betriebes 5 Kollegen und 4 Kolleginnen mit je einer Woche, sowie 1 Kollege und 11 Kolleginnen mit je drei Tagen in Betracht.

Dortmund. Die Geschäftsbüchereifabrik von Fr. Wilh. Kupffus gewährt wie im Vorjahre auch jetzt wieder sämtlichen Gehilfen, Lehrlingen und Mädchen neben 3 Tage Ferien mit voller Lohnzahlung noch einen besonderen Zuschuß von 10 bis 50 M., und zwar den Lehrlingen und Mädchen nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe je 3 M., und nach dreijähriger Tätigkeit 7,50 M. Den Gehilfen werden nach einem Jahre 10 M., nach drei Jahren 20 M., nach fünf Jahren 30 M., nach sieben Jahren 40 M., und nach zehn Jahren 50 M. gewährt. Insgesamt kommen 70 Personen in den Genuß dieser Einrichtung, wovon 34 auf die Buchbindereiabteilung entfallen. Den Höchstsatz von 50 M. erhalten 11 Gehilfen.

Drei Tage Ferien ist zwar nicht viel, aber immerhin ist doch der gute Wochenerwerb wertvoll, und auch der besondere Geldzuschuß wird dem Personal in diesen teuren Zeiten recht willkommen sein. Bei der jetzt auch in Dortmund von unserer Kollegenschaft eingeleiteten Lohnbewegung zur Erlangung höherer Teuerungszulagen, als Ausgleich für die enorme Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, hoffen wir bei dieser Firma das gleiche arbeitgeberfreundliche Entgegenkommen zu finden.

Berichte.

Chemnitz. Eine gutbesuchte Versammlung tagte hier am 27. Juli. Auf Grund der in den Tarifstädten gewährten Teuerungszulagen hatte eine Sitzung der Vertrauensleute eine Vorlage zur Aufbesserung unseres Tarifs für die Kartonbranche ausgearbeitet und dementsprechend auch Teuerungszulagen für die in Drudereien und Buchbindereien beschäftigte Kollegenschaft gefordert. Unser Gauleiter Kollege Plüße referierte über dieses Thema und ermahnte am Schlusse seiner Rede die uns noch fernstehenden, sich dem Verbands anzuschließen. Die von den Vertrauensleuten ausgearbeiteten Vorschläge fanden seitens der Versammelten einstimmige Annahme und sollen im Laufe der Woche den Unternehmern vorgelegt werden. Eine Anzahl Annahmen bezog die Mithilfe des Referenten. Nach Vortrag der Rechnung vom 2. Quartal und einigen weiteren Erörterungen schloß der Vorsitzende mit einem Wahnspruch an die Kollegenschaft die interessante Versammlung.

Hamburg-Altona. In der Generalversammlung am 25. Juli gab der Vorsitzende bekannt, daß wiederum 5 Kollegen dem Weltkrieg zum Opfer gefallen sind und wie somit jetzt rund 50 Kollegen verblieben haben. Die Namen der gefallenen Kollegen sind: A. Schwanitz, A. John, W. Nuffert, O. Kreyer und G. Köhler. Ueber die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die Erhöhung der Teuerungszulagen berichtete Köhler. Es erhalten die Kollegen dieselbe Erhöhung der Teuerungszulagen wie die Buchbinder, und zwar 10 M. ab 1. August und weitere 5 M. ab 1. Dezember. Recht schwierig gestalteten sich die Verhandlungen über die Erhöhung der Zulagen für die Kolleginnen, weil hier keine feste Basis vorhanden war. Diese Zulagen waren und sind örtlich geregelt und daher auch recht verschieden. Erreicht wurde schließlich eine Erhöhung um 6,50 M. ab 1. August und um 2,50 M. ab 1. Dezember 1918. Es beträgt also ab 1. Dezember 1918 der Lohn für Gehilfen sowohl wie für Arbeiterinnen rund 100 Proz. über den Friedensminimallohn. Die Ueberstunden werden neben den tariflichen Aufschlägen mit 50 Proz. auf den Grundlohn berechnet unter Fortfall des bis-

her gewährten Kriegszuschlages. Diese neue Regelung bietet gegen früher einen Vorteil und bedeutet eine gerechtere Bezahlung der Ueberstunden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte nicht herbeigeführt werden, da sich die Arbeitgeber auf eine Verringerung des Tarifs, denn eine solche würde eine Verkürzung bedeuten, nicht einlassen zu können glaubten. Auch über die Zulagen für Lehrlinge konnten keine festen Bestimmungen getroffen werden, diese bleiben den gegenseitigen Vereinbarungen überlassen. Des Weiteren sei festgestellt, daß die unter Vorbehalt schon früher gegebenen Zulagen angedrängt werden dürfen. Stellenwechsel soll möglichst vermieden werden. Selbstverständlich müsse diese Vereinbarung auf Gegenseitigkeit beruhen und dürfe die Freizügigkeit keinesfalls aufheben werden. In der Diskussion wurde von einigen Kolleginnen zum Ausdruck gebracht, daß die erlangte Teuerungszulage für die Arbeiterinnen keineswegs ausreichend sei, da die Kolleginnen mindestens dieselben Bedürfnisse haben wie die ledigen Kollegen. Auf eine Anfrage des H. H. Bergmann, wie sich die Buchbinderei zu den erhöhten Zulagen stelle, wurde erwidert, daß für diese noch dieselbe Antwort maßgebend sei, welche wir anlässlich der letzten Teuerungszulagenbewegung erhalten haben, nämlich, daß die Zunahme der Forderungen der Arbeiter symptomatisch gegenüberstehe, im übrigen aber recht wenig Einfluß auf die eigenen Mitglieder habe. Es ist Sache der Kollegenschaft, auch bei dem Zunahmemeistern die neuen Lohnsätze zur Durchführung zu bringen. Gegen 30 Stimmen gab die stark besuchte Versammlung die Zustimmung zu den getroffenen Abmachungen.

Ein Antrag, die Sitzungsgelder auf 2 M. zu erhöhen, sowie eine Aenderung im Ortsstatut unter Verwaltung Abs. 4 fand einstimmige Annahme.

Rundschau.

An der Schwelle des fünften Kriegsjahrs. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ bringt an der Spitze der vorletzten Nummer einen Rückblick über das, was das deutsche Volk in den vier Jahren des unglückseligen Weltkriegs ertragen hat. Mit Bedauern wird festgestellt, daß alle Friedensbemühungen bisher vergeblich waren. Leider habe man auch bei den Arbeitern der Entente-Länder nicht das notwendige Entgegenkommen gefunden. Uns reue die Friedenssehnsucht gefangen, allerdings nicht in dem Sinne, die Hoffnungen der Alliierten zu erfüllen, die des neuen Glaubens sind, unser Volk würde verärrerlich im eigenen Lande die Geschäfte derjenigen besorgen, die bereit sind, uns ihre militärische Macht fühlen zu lassen. Die deutsche Arbeiterkraft sei mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands eng verknüpft. Der Verfasser sagt: „Ihr könnt uns nicht mit euren asiatischen, afrikanischen Horden eine weitere politische Entfaltung bringen. Die Aufgaben werden wir selbst übernehmen, jetzt und für die kommende Zeit.“ Sodann werden die Arbeiter des Auslandes noch einmal aufgefordert, mit uns gemeinsame Friedenspropaganda zu betreiben. Nicht um territoriale Ausdehnung dürfe der Kampf fortgesetzt werden. Wenn die großen Kulturstaaten Europas, die die Führer in diesem Kampfe seien, während 44 Jahren innerhalb ihrer Staatsabgrenzung leben konnten, sich wirtschaftlich und kulturell entwickelt haben, dann sei es heller Wahnsinn, wegen eines Landbesitzes, den dieser oder jener Staat beansprucht, Millionen von Menschen zu opfern und Länder zu verwüsten, die auf lange Zeit ihres Wohlstandes beraubt sind. Auch von Kriegsentwädigungen könne keine Rede sein, denn das was an ideellen und materiellen Gütern vernichtet worden ist, könne von keinem Volke dem andern ersetzt werden. Am Schlusse des bemerkenswerten Artikels wird das feierliche Gelöbniß der deutschen Arbeiterkraft abgelegt, treu und unerschütterlich den bisher eingeschlagenen Weg weiter einzuhalten, bis endlich auf der andern Seite Ueberlegung und Erwägungen zur Umkehr Platz greifen und dadurch das Ende des furchterlichen Krieges herbeigeführt wird. So weit der Artikel im „Correspondenzblatt“, der noch manchen markanten Satz und Ausspruch enthält, vornehmlich den allen geltenden Ruf: „Halte ein, es ist genug des menschlichen Jammers!“

Der Verband der Schuhmacher hielt in der zweiten Juliwche seinen 17. Verbandstag in Würzburg ab. Im Geschäftsbericht behandelte der Verbandsvorsitzende Simon besonders den erfolgten Abschluß der Reichsstarifverträge für Militär- und Zivilschuhwerk, welche für die Berufsarbeiter eine ungeheure Verbesserung bedeuten, da die dadurch erreichte Lohnerrhöhung 10 bis 150 Proz. betragen hat. Der Verband glaube durch die Annahme dieses Tarifs den Kollegen einen großen Dienst erwiesen zu haben. Es müsse versucht werden, das Erzielte auch für den Frieden hochzuhalten. Der Verbandstag nahm dann einmütig zur Tariffrage eine Resolution an, welche die Bedeutung des Reichsstarifs voll und ganz an-

erkennt und in demselben eine geeignete Grundlage erblickt, um in Zukunft die Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu vervollkommen.

Eine fast zweitägige Diskussion war zur Erledigung von Anträgen, die die Sperrung der Verträge an die Generalkommission verlangen, sowie der Stellungnahme zur Redaktion des Fachblattes erforderlich. Zur Begründung der Anträge auf Sperrung der Verträge wurde auf die allgemeine Kriegspolitik der Generalkommission, auf ihren Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland, die Teilnahme an der Ludendorffspende und die Herausgabe des Fachblattes anlässlich des Berliner Streiks verwiesen. Nach den Begründern der Anträge kamen mehrere Delegierte zum Wort, die die Anträge aufs schärfste bekämpften. Mit der Sperrung der Verträge an die Generalkommission würde man der eigenen Organisation den größten Schaden beifügen. Die Generalkommission führe auch nur die Beschlüsse der Vorstandskonferenzen aus. Sei auch der Anschluss an den Bund für Freiheit und Vaterland ein Fehlakt, so dürfe das aber nicht dazu führen, die Verträge zu sperren. — Die Haltung des Fachblattes fand von diesen Rednern scharfe Kritik. Das Verbandsorgan sei kein gewerkschaftliches Blatt mehr, sondern eine politische Zeitung, erfüllt von politischer Geschäftigkeit gegenüber der anderen Richtung. Im Fachblatt müßten die Interessen der Gewerkschaften und nicht die einer Partei vertreten werden. Verbandsvorsitzender Simon sagte, er könne es verstehen, daß Anträge auf Sperrung der Verträge gekommen sind, er könne sie aber nicht billigen und sei darum entschieden dagegen. Es werde die Zeit kommen, wo die Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit sei, darum solle man sich nicht trennen. Bei den Kämpfen nach dem Kriege seien die Gewerkschaften mehr als je aufeinander angewiesen. Die Politik der Generalkommission beurteile er auf das entschiedenste. Der Vertreter der Generalkommission Silberstein-Berlin verteidigte in längerem Ausführungen den Standpunkt der Generalkommission. Redakteur Vogt-Gotha wies die Angriffe auf seine Redaktionsführung als nicht berechtigt zurück.

Der Antrag auf Sperrung der Verträge an die Generalkommission wurde dann mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Gegen 2 Stimmen wurde eine Resolution des Inhalts angenommen, daß kein Mitglied und keine Körperschaft beauftragt sein soll, nach eigener Meinung die geistige Richtung und die Taktik der Gewerkschaft zu bestimmen; diese Funktion soll vielmehr nach den Grundätzen der Demokratie der Mehrheit der organisatorisch Verbundenen überlassen bleiben. Mit der Haltung des Fachblattes erklärte sich der größte Teil der Delegierten einverstanden.

Bei der Statutenberatung wurde eine Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungsätze beschlossen. Der Verbandstag regelte dann noch die Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Angestellten. — Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt, ebenso der Ausschussvorsitzende und der Redakteur.

Ueber die wirklichen Löhne der Rüstungsarbeiter gibt eine vom Metallarbeiterverband veranstaltete Erhebung Auskunft. Damit werden die in der Unternehmerpresse öfter erschienenen Berichte über ungläublich hohe Verdienste der in der Rüstungsindustrie tätigen Arbeiter widerlegt. Die Ergebnisse der Erhebung sind nach Angaben zusammengefaßt, welche die Ortsverwaltungen in den Schuhberichten der vom Metallarbeiterverband im Jahre 1917 durchgeführten Lohnbewegungen lieferten. Darin sind die von den Ortsverwaltungen geschätzten Durchschnittsverdienste von 789 006 Arbeitern und Arbeiterinnen der Metall- und Rüstungsindustrie geschätzt. Die geschätzten Löhne sind in der Hauptfache in Abwärtsverdienste, in denen auch die erreichten Lohnerrhöhungen und Teuerungszulagen mit eingerechnet sind. Danach betrug bei 509 945 männlichen Arbeitern der Stundenverdienst bei 147 bis 40 Pf., 3001: 40—50 Pf., 89 949: 50—75 Pf., 154 980: 75—100 Pf., 135 780: 100—125 Pf., 58 814: 125—150 Pf., 46 068: 150 bis 175 Pf., 11 001: 175—200 Pf., 5978: 200—225 Pf., 3483: 225—250 Pf., 755: 250—275 Pf. und 11: 275 bis 300 Pf.

Stundenverdienste von 175 Pf. und darüber sind nur für Berlin und einige Orte der Provinz Brandenburg festgestellt worden, und zwar für 21 226 Arbeiter. Darunter sind 170 Arbeiter aus der Provinz Brandenburg, alle übrigen aus Berliner Betrieben.

Von 259 061 an der Zusammenstellung beteiligten Arbeiterinnen werden Stundenverdienste erreicht bei 3753: 20—25 Pf., 11 729: 25—30 Pf., 9189: 30—35 Pf., 15 881: 35—40 Pf., 25 980: 40—45 Pf., 33 551: 45—50 Pf., 28 118: 50—55 Pf., 14 151: 55 bis 60 Pf., 78 715: 60—75 Pf., 9165: 75—90 Pf., 30 696: 90—100 Pf., und 759: 100—125 Pf. Es arbeiten also noch 40 552 an dieser Erhebung beteiligte Arbeiterinnen zu Stundenlöhnen zwischen 20 und 40 Pf.

